



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

19.01.2022  
HHA

### Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Ausbau der IT-Stelle der hessischen Justiz für die Umsetzung von E-Justice**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 80 IT-Stelle der hessischen Justiz  
Buchungskreis: 2480

Förderproduktnummer 2  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Informations- und Kommunikationstechnik

Veränderung  
von um auf

**Leistungsplan:**

Beträge in 1.000 EUR

<b>Gesamtkosten</b>	111.424,1	+4.000,0	115.424,1
<b>Eigene Erlöse</b>	4.919,6	0,0	4.919,6
<b>Produktabgeltung</b>	106.504,5	+4.000,0	110.504,5

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

In der hessischen Justiz muss ab 2022 der Rechtsverkehr elektronisch erfolgen und bis zum Jahr 2026 die elektronische Aktenführung umgesetzt worden sein. Jedoch ist es bisher fraglich, ob diese Verpflichtungen eingehalten werden können. Die Hessische Justiz muss schnellstmöglich in den Umstieg auf elektronische geführte Akten und den elektronischen Datenverkehr investieren und diesen intensiv fördern. Für die Entwicklung sowie den dauerhaften Betrieb der digitalen erforderlichen Verfahren entsteht ein Mehrbedarf an Personalstellen. Um die Umstellung auf E-Justice zu vollziehen, muss die IT-Stelle der hessischen Justiz personell gestärkt werden.

Damit in Zukunft der elektronische Rechtsverkehr zwischen Behörden und Staatsanwaltschaften sowie Gerichten funktionsfähig ausgestaltet ist, bedarf es neuer sicherer Techniken, in die investiert werden muss. Zudem werden Umstrukturierungen und Umgestaltungen von Arbeitsabläufen und Arbeitsplätzen erfolgen. Diese Umgestaltungen müssen nach ihren Pilotphasen ganzheitlich in Hessen umgesetzt werden, weshalb ein Ausbau der Ausgaben gefordert wird.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Günter Rudolph**